



Klaus Naumann

NATO, quo vadis? – Ansätze einer Grand Strategy für eine unsichere Welt¹

Einleitung

Ich will weder die angelsächsische Form des Vortrages, also ein paar nette Witze und dazwischen viel Unverbindliches, noch die deutsche militärische Vortragsweise in der alten Form mit einigen Clausewitz-Zitaten und einer Menge kondensierten Stoffes noch die neudeutsche der Power Point Projektion wählen, bei der die Kadenz der Bilder oft hilft den Mangel an Aussage zu überspielen. Ich möchte Ihnen in den folgenden dreißig bis vierzig Minuten schildern wie ich die internationale Lage sehe, was die NATO in dieser Lage für unser Land bedeutet, wie das um das Bündnis bestellt ist und was man tun sollte, um notwendige Korrekturen vorzunehmen.

Die Lage

Ich nehme an, Sie sind mit dem anhaltenden Wandel in unserer Welt, ausgelöst durch dramatische, Grenzen und Kontinente überschreitender, alle Lebensbereiche erfassender Veränderungen mehr als vertraut. Ich gehe deshalb nicht in Einzelheiten der Lage hie und dort, sondern werde versuchen einige Trends aufzuzeigen. Vieles verändert sich gleichzeitig und wirkt aufeinander ein. Gleichzeitig gibt es nicht mehr die halbwegs funktionierende Weltordnung des Kalten Krieges und es sind viele der zum Teil vor langer Zeit entstandenen Konflikte ungelöst, denken Sie nur an das Pulverfass Kaukasus, an den Nahen Osten oder vor unserer Haustür den Balkan mit seinen schlummernden ungelösten Konflikten in Bosnien und im Kosovo.

Doch die eigentliche Dramatik entsteht durch wahrhaft globale Veränderungen, die durchaus Ursachen für neue, auch bewaffnete Konflikte erzeugen könnten.

¹ Vortrag für die Deutsche Atlantische Gesellschaft, Bonn, 31. Mai 2008.

Als Erstes nenne ich eine wirklich dramatische, seit mehr als einem Jahrzehnt auch hier bekannte, aber dennoch politisch vernachlässigte Veränderung: Die demographischen Verschiebungen, die vor allem Europas Gesellschaften und Sozialsysteme Drücken von bislang unbekanntem Ausmaß aussetzen werden. Europas Bevölkerung nimmt ab, sie wird älter und dürfte im Falle Deutschlands um das Jahr 2050 im Durchschnitt 50 Jahre alt sein während beispielsweise die Bevölkerung Nordamerikas zunehmen wird und das heutige Durchschnittsalter von 37 Jahren bewahren wird. Russlands Bevölkerungsabnahme auf möglicherweise weniger als 100 Millionen ist noch dramatischer als die Europas und sie kann sich durch die weitere Ausbreitung von Alkoholismus, Aids und TBC sogar noch beschleunigen. Die heute noch rund sechs Millionen ethnischen Russen, die beispielsweise das nahezu menschenleere, aber unglaublich rohstoffreiche Sibirien bevölkern, werden zunehmend hilflos zusehen müssen wie sich die Zahl illegaler chinesischer Immigranten, man spricht bereits heute von bis zu vier Millionen, weiter vermehren wird.

In Asien wird Indien schon bald das bevölkerungsreichste und zugleich das Land sein, das mehr Akademiker sein eigen nennen darf als jedes andere Land der Welt, aber gleichzeitig auch die meisten Analphabeten. In China dagegen wird die Bevölkerung überaltern und mit den Spätfolgen der hastigen Urbanisierung und der „Ein-Kind-Politik“ ringen. Wachstum und Verjüngung der Gesellschaften werden wohl nur Afrika, - und das trotz Aids -, die arabische Welt und Südamerika erleben. Der daraus resultierende Bevölkerungsdruck könnte Migrationswellen auslösen, wovon vor allem Europa betroffen sein dürfte.

Diese Entwicklungen sind nicht mehr umkehrbar. Sie werden in Europa Spannungen auslösen, weil immer weniger Erwerbstätige unter der Last nicht mehr finanzierbarer Sozialsysteme ächzen werden, selbst wenn die wirtschaftliche Entwicklung Europas positiv sein sollte. Sie werden aber auch im Umfeld Europas Spannungen auslösen, weil Wassermangel zu Konflikten führen könnte, auch wenn sich das Klima nicht ändern sollte.

Wasser bringt mich schon zur zweiten Konflikte bewirkende Entwicklung, die Verknappung überlebenswichtiger Ressourcen. Der Konkurrenzkampf um immer knapper werdende Rohstoffe, an der Spitze wie gesagt Wasser, gefolgt von Gas und Öl, wird immer härter werden und kann, ja wird zu Krisen und Konflikten führen. Europa wird selbst dort wo man klugerweise an Atomenergie festhält seinen Energiebedarf nicht durch erneuerbare Energien decken können, aber Europa wird die unglaubliche Verschwendung, Öl zu verbrennen, beenden müssen und wird selbst dann abhängiger von importiertem Öl sein als die USA, die durch neue Technologien und

die Nutzung bislang ungenutzter Potentiale wie beispielsweise Ölschiefer im Gegensatz zu Europa politisch durch Spielen mit dem Gas- und Ölhahn kaum erpressbar sein werden. Weltweit gesehen dürfte aber in einer immer dichter besiedelten Welt der Kampf um Wasser die Konfliktursache der Zukunft werden. Bedenken Sie nur, dass schon heute 40 % der Menschheit ihren Wasserbedarf aus ausländischen Quellen decken.

Trend Nummer drei, die Notwendigkeit arbeitsintensive Fertigung und Dienstleistungen zunehmend an kostengünstigere Länder außerhalb Europas abzugeben, dürfte zu weiteren Belastungen der Arbeitsmärkte und der Sozialsysteme in Europa führen. Europa, Nordamerika und Japan werden sich dennoch in den kommenden zwei bis drei Jahrzehnten in den High Value Märkten wohl behaupten, der Preis dürfte allerdings eine erhebliche Veränderung industrieller Strukturen einhergehend mit immer höher werdenden Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte sein. An der ungleichen Verteilung des Reichtums auf dieser Welt dürfte sich aber dennoch nichts Wesentliches ändern, obwohl sich das BSP von Indien und China wohl verdreifachen wird.

Trend Nummer vier schließlich sind Klimawandel und Umweltbelastung. Beide könnten sozusagen nebenbei der weiterhin rasanten technischen Entwicklung Grenzen setzen, wenngleich noch unklar ist, welche Auswirkungen aus der von Nano- und Bio-Technologie dominierten Entwicklung entstehen werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Klimawandel auch zu Krisen und Konflikten führen dürfte, ist allerdings hoch. Denken Sie nur an ungeklärte Fragen wie die Aufteilung des ölreichen Kontinentalschelfs vor Spitzbergen, um den sich Russland und Norwegen streiten werden, oder die offene Frage wie neue Seewege am Rande der heutigen Arktis zu kontrollieren sind.

Diese vier Trends werden weltweit, aber auch in unseren europäischen Gesellschaften alle Lebensbereiche verändern. Sie können zu neuen, ganz anderen Formen von Regierungsorganisation führen, also weg von der überholten Struktur gegeneinander abgeschotteter Ressorts, ja sie könnten möglicherweise die Rolle der nationalen Regierungen immer mehr zurückdrängen, weil deren Zugriff auf Kapital als den Treibstoff politischer Entscheidungen durch jeder politischen Kontrolle entzogenes internationales Kapital immer mehr abnehmen dürfte.

Europa wird all diese Veränderungen unmittelbar erleben, einige davon vielleicht sogar deutlicher und heftiger als jeder der anderen großen Akteure auf der Weltbühne wie die USA,

Russland, China, Indien und Japan, denn es legt näher als jeder andere dieser Akteure an der Schlüsselzone der Weltpolitik der näheren Zukunft, dem erweiterten Nahen Osten, der Zone in der sich all die genannten Trends bündeln und von der Europa abhängiger ist als jeder der anderen Akteure der Weltpolitik. Wie abhängig das zeigt im Schlaglicht die Tatsache, dass 65% der Gas- und Öltransporte für den so genannten Westen, allerdings kaum für die USA, durch die Strasse von Hormuz gehen.

In einem solchen Spannungsfeld sind Konflikte nahezu unvermeidlich. Sie dürften vermutlich verursacht werden durch

- Auseinandersetzungen über den Zugang zu und die Verfügung über existenzielle Ressourcen wie Wasser, Ernährung, Energie und Gesundheitsfürsorge,
- Migration auslösende Folgen des zu erwartenden Klimawandels,
- die Disproportionalität von Bevölkerungswachstum und Wohlstandsentwicklung,
- diese neuen Konfliktursachen verschärfende traditionelle Konfliktgründe wie ungelöste territoriale Ansprüche, Zugehörigkeit zu fremden Ethnien oder Stämmen, ungleiche Machtverteilung oder religiöse Spannungen und
- die zerfallende Macht von Staaten in einer Welt in der nicht staatliche Akteure zunehmend über alle Machtmittel verfügen können, aber keinerlei Kontrolle unterliegen.

Auch das Auftauchen neuer aggressiver und expansiver Ideologien ist denkbar. Sie könnten jede der genannten Konfliktursachen durch Agitation und geschickte Nutzung nun weltweiter Kommunikation verschärfen. Der heute zu beobachtende Djihadismus könnte schon bald als Vorspiel neuer Risiken gesehen werden, die aus der Verknüpfung der Gegensätze zwischen Arm und Reich, aus den vielen ungelösten Konflikten, aus Terrorismus und aus Proliferation entstehen können.

Die so entstehenden Konflikte werden oftmals durch ein Nebeneinander des Handelns staatlicher und nicht-staatlicher Akteure gekennzeichnet sein, wobei Letztere zunehmend über das volle Gewaltpotential der Staaten verfügen dürften. Das Gewaltmonopol der Staaten dürfte zerbrechen und die nicht-staatlichen Akteure werden ihr Instrumentarium ohne jede Bindung an Recht oder sittliche Norm einsetzen, während die staatliche Gegenwehr an diese Normen gebunden bleiben wird. Viele dieser Konflikte dürften als innerstaatliche Konflikte beginnen, einige von ihnen könnten sozusagen herkömmliche Kriege sein und so mancher dieser künftigen bewaffneten Konflikte dürfte nach Intervention von außen als „war amongst the people“, als Krieg mitten unter den Menschen geführt werden.

Die Mehrzahl dieser Konflikte wird lokal beginnen, aber sehr schnell regionale Bedeutung erlangen und so mancher könnte angesichts der noch zunehmenden globalen Verflechtung von Industrie und Finanzwirtschaft rasch globale Auswirkungen zeitigen. Die Bereitschaft der Staaten, ja nahezu der Zwang, diese Auswirkungen durch vorbeugendes Handeln weit außerhalb ihrer Region einzudämmen, könnte zunehmen, obwohl die Fähigkeit des eigenen Volkes dieses Handeln zu verstehen und seine Folgen über relativ lange Zeiträume mit zu tragen eher abnehmen dürfte.

Alles in Allem verspricht das 21. Jahrhundert ein eher unruhiges Jahrhundert zu werden, in dem es so manchen Konflikt und neben dem bekannten Krieg zwischen Staaten auch neue Formen des bewaffneten Konfliktes wie Cyberwar und den Kampf transnationaler Kräfte gegen Staaten geben wird. Es wird anfangs und wohl auch für die vorhersehbare Zukunft eine Welt ohne Weltordnung sein, nicht zuletzt, weil die Pax Americana in Europa an Bedeutung verloren hat, im Nahen Osten nicht mehr so richtig greift, aber doch unersetzbar ist und nur im Pazifik der Stabilitätsfaktor schlechthin bleibt.

Die Staatenwelt wird auf der Suche nach einer neuen Ordnung in der näheren Zukunft oftmals mit falschen oder zumindest unzureichenden Instrumenten operieren. Sie wird nur langsam erkennen, dass man weder mit militärischen Mitteln allein noch durch pazifistischen Verzicht auf sie Frieden erreichen kann. Die Staaten werden nur sehr zögernd akzeptieren, dass kein Staat der Welt, auch nicht der Mächtigste, auf sich allein gestellt seine Menschen schützen kann. Die Zukunft gehört also internationalen Organisationen, obwohl die Mächtigen dieser Welt sich schwer tun, auch Schwächeren Einfluss zu geben und Entscheidungen gemeinsam zu treffen und die Schwächeren kaum bereit sind, den Preis für Mitentscheidung, nämlich Mitwirkung, zu zahlen.

Die Bedeutung der NATO

Eine dieser internationalen Organisationen ist die NATO, das zur Zeit einzige funktionsfähige Instrument der Sicherheit in einer unruhigen Welt, aber die NATO hat eine große Schwäche: Sie verfügt nur über militärische Mittel. Doch Sicherheit kann man heutzutage nicht mehr allein mit militärischer Macht erreichen, man muss alle Mittel der Politik zur Anwendung bringen. Die heutige NATO allein, selbst wenn sie nicht so angeschlagen wäre wie sie aus dem Gipfel von Bukarest hervorging, ist also nicht die Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft, aber sie könnte der Kristallisationspunkt einer künftigen Sicherheitsarchitektur sein, denn sie kann einen

Vorzug aufweisen, den keine andere Organisation zu bieten hat: Sie bindet die einzige globale Macht dieser Welt, die USA, vertraglich an Europa und verpflichtet sie auf das Ziel kollektive Verteidigung. Dies bedeutet nach Artikel V des NATO-Vertrages zwar nicht automatisch militärische Hilfe, aber der Vertrag verpflichtet die USA zum Beistand im Falle eines Angriffs auf einen Bündnispartner. Es ist diese Bindung der USA an Europa, die die NATO für die Staaten, die der Sphäre der ehemaligen Sowjetunion entrinnen konnten, so attraktiv macht und es ist die damit gegebene Möglichkeit der USA, Einfluss an einer ihrer beiden strategischen Gegenküsten auszuüben, der europäischen Gegenküste, die die USA diese Bindung eingehen lässt.

Hinzukommen zwei weitere Gründe, die den Erhalt der NATO zu einem strategischen Imperativ der Europäer machen sollten:

1. Die NATO ist eine Zone des Friedens. Krieg der Mitgliedstaaten gegeneinander ist nicht möglich. Diese sich ausweitende Zone des Friedens wird auch Russland zur friedlichen Kooperation zwingen. Die gegenwärtigen eher harschen Töne sollten uns nicht täuschen. Russland verhält sich wie alle autoritären Staaten es immer taten: Es baut ein Feindbild auf, in diesem Fall die NATO, um den Mangel an Demokratie vor seinen eigenen Menschen zu verschleiern.
2. Die NATO hat den Einsatz von Nuklearwaffen im Grunde genommen tabuisiert und damit die Nuklearwaffe marginalisiert. Man sollte dies in einer Welt, in der nukleare Proliferation eine reale Gefahr ist, zu erhalten suchen.

Die EU, die den großen Vorzug hat über alle Instrumente der Politik verfügen zu können, kann Gleiches nicht leisten, weil sie einfach militärisch zu schwach und politisch zu uneins ist.

All dies sollten diejenigen nicht vergessen, die in Paris und Moskau, aber auch anderswo lauthals verlangen, die NATO solle sich von einem Verteidigungsbündnis zu einer Sicherheitsorganisation wandeln oder die in Berlin von Äquidistanz Deutschlands zwischen den USA und Russland faseln und kaum zur Kenntnis nehmen, dass immer dann, wenn harte Entscheidungen zu treffen sind, Deutschland meistens nach der Entscheidung informiert wird.

Es ist also Wandel der NATO, tief greifender Wandel sogar, geboten, aber der Kern des Bündnisses, die Verpflichtung auf der Grundlage gemeinsamer Werte sich gemeinsam zu verteidigen, der sollte unangetastet bleiben.

Doch wie sollten sich die Strategie der NATO und ihre Strukturen ändern? Dazu ein kurzer Blick

auf das Bündnis nach dem Gipfel von Bukarest.

Der Zustand der NATO

Gipfeltreffen sind grundsätzlich Erfolge und so hat man natürlich auch nach Bukarest nur lobende Worte über das Einvernehmen in der Allianz und über die zahlreichen Erfolge der NATO gehört. Doch viele der offenen Fragen sind schlicht auf Wiedervorlage gelegt worden. Das umfängliche Kommuniqué macht mehr als deutlich wie sehr die Allianz bereits globaler Akteur geworden ist, zeigt aber auch, dass die zaghaften Reformschritte doch in den eingefahrenen Gleisen gemacht werden. Man nutzt klingende Worthülsen wie Transformation vielfach um den Mangel an Substanz zu vernebeln. Das Bukarester Kommuniqué ist ein Dokument des „Weiter so“, aber kein Dokument des Aufbruchs in unsere dramatisch veränderte Welt. Es ist ein Dokument, das unterstreicht, dass die NATO mehr als militärische Mittel braucht, aber es zeigt keinen Weg auf wie es an sie gelangt.

Fällige Entscheidungen wie der Auftrag ein neues strategisches Konzept zu erarbeiten wurden vordergründig wegen des Amtsantritts einer neuen US-Regierung auf 2009 verschoben, in Wirklichkeit war die Furcht bestimmend, man müsse dann endlich die seit langem offenen grundsätzlichen Fragen erörtern. Die für die Stabilität Europas entscheidende Frage der strategischen Verankerung der Ukraine wurde mit der Zusage einer künftigen Mitgliedschaft zwar perspektivisch und weit über amerikanische Forderungen hinausgehend gelöst, aber das Wann blieb völlig offen und zu der kurzfristig wohl wichtigsten Frage der NATO, wie kann man in Afghanistan haltbare und selbst tragende Stabilität erreichen, hat man in den öffentlichen Verlautbarungen keine überzeugenden Antworten gefunden, auch dort nicht viel mehr als ein „Weiter so“, es sei denn in dem geheimen Zusatzdokument stünde wirklich bahnbrechend Neues. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass die NATO militärisch durchaus Erfolge zu verzeichnen hat und auch der Wiederaufbau beachtlich vorangekommen ist, aber drei Schlüsselemente zeigen nach wie vor deutliche Mängel: Der Aufbau von Polizei und Justiz und die Bekämpfung von Drogenanbau und Korruption.

Den Auftrag an den Generalsekretär bis zum Gipfel 2009 in Strassburg und Kehl einen Weg für die Reform der Allianz aufzuzeigen könnte man möglicherweise als Vorspiel zu einer umfassenden Reform von Strategie und Struktur der Allianz verstehen. Die Einsicht in die Notwendigkeit tief greifender Veränderung scheint nun gegeben zu sein und das wäre der erste Schritt um ein für Europa unverzichtbares Instrument den turbulenten Bedingungen des 21.

Jahrhunderts anzupassen. Für die nächsten zwei Jahre aber wird man mit der NATO leben müssen wie wir sie heute haben. Deutliche Verbesserungen der militärischen Fähigkeiten über eingeleitete Schritte hinaus erwarte ich nicht, da die Nationen den Ausgang der Reformdebatte abwarten werden und deutliche Verbesserung in den operativen Fragen der laufenden Einsätze sehe ich auch nicht. Es bleibt somit zu hoffen, dass den Mitgliedstaaten neue und schwere Herausforderungen in der näheren Zukunft erspart bleiben.

Was ist zu tun?

Nach meiner Ansicht wäre die NATO gut beraten einen Ansatz zu wählen, an dessen Beginn eine Grundsatzdebatte über Strategien der Konfliktverhinderung und Konfliktbeendigung im 21. Jahrhundert steht. Daraus könnte man eine Grand Strategy entwickeln, die dann den Reformprozess bestimmt. Damit trüge man den tief greifenden Veränderungen des strategischen Umfeldes Rechnung. Allein Stichworte wie das Auftreten transnationaler Akteure, die das Gewaltmonopol der Staaten brechen können und werden, die Nutzung des Cyberspace als Medium der Kriegführung oder die durch Nano- und Bio-Technologie denkbar werdenden Optionen in der Entwicklung künftiger Waffen zeigen an, dass unser von der Westfälischen Staatenwelt und vom Dogma der Vernichtung geprägtes bisheriges strategisches Denken im 21. Jahrhundert zu kurz greift.

Wir wissen, dass wir den Gefahren der Zukunft begegnen müssen, indem wir die Ursachen künftiger Konflikte mit anderen als militärischen Mitteln beseitigen und dort wo dies nicht gelingt, so frühzeitig handeln müssen, dass die Gefahren gegenüber unseren immer verwundbarer werdenden Gesellschaften gar nicht erst wirksam werden können. Dies kann im äußersten Fall, aber keineswegs immer als letztes Mittel der Politik, den Einsatz militärischer Mittel verlangen, zur individuellen wie kollektiven Selbstverteidigung, aber auch zur Intervention. Es gilt also in einer Grand Strategy alle politischen Mittel zur Entschärfung und Verhinderung eines Konflikts mit reaktiver Selbstverteidigung und aktiven Schritten wie Präemption und Prävention zu einem durchgängigen Konzept zu verbinden, dafür die nötigen politischen und rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und so sicherzustellen, dass die Zone in der Krieg und bewaffneter Konflikt unmöglich gemacht wird immer weiter ausgedehnt wird. Es wäre eine Strategie, die dem Gegner die Option der Gewaltanwendung verwehrt, nicht mehr durch Vernichtung, sondern zunehmend durch Lähmung seiner Instrumente.

Eine solche Strategie ist nicht mehr eine nationale Strategie, denn wir können unschwer

erkennen, dass alle künftigen Krisen das gemeinsame Handeln von mehr als nur einem Staat verlangen. Um eine gemeinsame Strategie internationaler Gremien wie der NATO zu entwickeln, muss man aber eine nationale Zielvorstellung haben. Der Vorschlag der CDU vor einigen Wochen war deshalb durchaus zielführend und die Kritik einiger strategischer Dilettanten irreführend. Wir erkennen auch, dass künftig rasch und koordiniert entschieden werden muss, weil es eben um vieles einfacher ist den Funken zu löschen bevor er zum Feuer wird, aber können wir das mit den vorhandenen nationalen Verfahren und Strukturen oder gar in internationalen Organisationen, in denen Konsens mühsam und zeitaufwendig „bottom up“ gebildet wird?

Ich meine deshalb, dass nach dem „Weiter So“ von Bukarest zwei Reformwege gleichzeitig einzuschlagen sind:

Der kurzfristig wirkende Weg zur Verbesserung der operationellen Fähigkeiten der NATO und der mittel- bis langfristige Weg, der zu einem neuen Strategischen Konzept in Form einer Grand Strategy, ja vielleicht sogar zu einer geänderten Architektur der transatlantischen Allianz führen sollte.

Kurzfristig muss man interne Fragen anpacken wie die gemeinsame Finanzierung von gemeinsam beschlossenen Operationen, die weitere Verringerung, möglichst das Aufheben nationaler Vorbehalten in NATO-Operationen, die weitere Straffung der wegen nationaler Egoismen noch immer aufgeblähten Kommandostrukturen und die Verschlinkung des zivilen Apparates der NATO. Aber damit nicht genug, man muss endlich Fortschritt in der Zusammenarbeit NATO-EU erzielen, denn nur so kann die NATO kurzfristig Zugang zu nicht militärischen Mitteln erlangen, und man muss die Überlappungen zwischen der NATO Response Force und den EU Battle Groups abbauen, damit beide auf die Beine kommen.

Zusätzlich müssen vor allem die EU Staaten über weitere Reformen ihrer Streitkräfte nachdenken. Die Mehrzahl ist noch immer zu personalintensiv ausgelegt, weist kopflastige Strukturen auf und verbrät die wohl kaum nennenswert wachsenden Verteidigungshaushalte weitgehend in vor langer Zeit konzipierten Rüstungsprogrammen, die nicht die Fähigkeiten liefern, die künftig benötigt werden, wohl aber kurzfristig Arbeitsplätze sichern. Was wirklich gebraucht wird, sind Informationsdominanz, Projektionsfähigkeit und Durchhaltefähigkeit, daran aber mangelt es in Europa.

Mittel- bis langfristig gilt es eine wirkliche Grand Strategy zu erarbeiten, die den Einsatz aller Mittel der Politik koordiniert mit dem Ziel der Verhinderung, der Eindämmung und der

Beendigung von Konflikten mit Staaten oder mit transnationalen nicht staatlichen Akteuren. Ob man dabei zu dem Ergebnis kommt, zu dem ich mit vier meiner ehemaligen Amtsbrüder in einer im Januar veröffentlichten Studie kam, auf der Grundlage gesicherten Schutzes der Heimatländer in vier Phasen an Konflikte der Zukunft heranzugehen, nämlich Bekämpfung von Konfliktursachen, Krisenbewältigung unterhalb der Schwelle einer Intervention, Intervention und daran anschließend Stabilisierung im Interventionsgebiet, oder zu dem nahezu vollständig auf Terrorismus gerichteten Ansatz der britischen Regierung in ihrem im März veröffentlichten Strategiepapier folgt, der unter dem Stichwort CONTEST vier Zielrichtungen aufzeigt: Pursue (Beendigung terroristischer Angriffe), Protect (Verstärkung des Schutzes), Prepare (Minderung der Auswirkungen eines Angriffs) und Prevent (Einwirken auf die Menschen um sie abzuhalten terroristisch zu handeln oder Terror zu unterstützen), das kann und muss man diskutieren. Wichtig ist einen Weg zu gehen, der das gesamte Potential auf beiden Seiten des Atlantik koordiniert zur Wirkung bringt und der gemeinsames Handeln im gesamten Spektrum der Politik vorsieht, der gemeinsam getroffene Entscheidung in Krisen vorsieht und dementsprechend auch gemeinsames Handeln gekennzeichnet von gemeinsam getragenen und fair geteilten Lasten und Risiken.

Ich hoffe, dass eine solche Strategiedebatte in Ihrem Ergebnis über Ansätze von gestern wie einen europäischen Pfeiler in der NATO hinausgehen wird. Auch wenn eine große Münchner Zeitung in einem allerdings von wenig Sachkenntnis getriebenen Kommentar zu Bukarest diese Idee des FR Staatspräsidenten als zukunftsweisend pries, sie wäre ein Schritt zurück in die 70 er Jahre. Was wir brauchen ist die Vision eines Bündnisses der Staaten Europas und Nordamerikas, die von gleichen Werten und Überzeugungen ausgehend bereit sind, sich gemeinsam gegen alle Formen von Gefahr zu schützen ohne irgendjemandem ihr Modell aufzwingen oder ihre Region ausweiten zu wollen, die Kooperation mit anderen Staaten und Regionen suchen und die gemeinsam und mit ihren Partnern daran arbeiten, die Zone des Friedens von Finnland nach Alaska zum Vorbild für andere Regionen der Welt werden zu lassen.

Könnte man sich auf das Ziel verständigen, dann kann man auch die Strategie danach formen und die Mittel festlegen, die man zu deren Umsetzung bräuchte, also auch eine moderne Bundeswehr, die nicht von einer zunehmend größer werdenden Kluft zwischen Aufträgen und Mitteln ausgezehrt wird. Vor allem aber könnte daraus das Element entstehen, das heute zumindest in weiten Teilen Europas, so auch hierzulande, zu fehlen scheint: Der Wille nämlich auch in einer unangenehmen und kaum kalkulierbaren Zukunft Schulter an Schulter mit unseren

Verbündeten in Nordamerika zu stehen, sich nicht weg zu ducken, sondern sich gemeinsam zu verteidigen und durch gemeinsames Schultern der Lasten wie durch Teilung der Risiken die Chance zu wahren, auch für unsere Kinder und Enkelkinder eine Zukunft in Frieden und Freiheit zu sichern. Der Wille sich zu schützen, sich zu behaupten, notfalls auch zu kämpfen und Krisen und Konflikte durchzustehen bis die Gefahr beseitigt ist, ist der Schlüssel zum Frieden. Ohne diesen Willen gibt es weder ein starkes und gemeinsam handelndes Europa noch eine auch in der Zukunft zum Schutz unserer Nationen befähigte NATO. Sieht man sich um und hört man die Sprache, die den Menschen die Illusion vorgaukelt, die meisten Konflikte ließen sich friedlich lösen, dann erkennt man rasch das größte Defizit in unserem Land: Wir sind gegenwärtig in Europa wie in der NATO schlicht strategieunfähig, weil wir den uns unangenehmen Teil der Wirklichkeit verdrängen und dann diejenigen kritisieren, die sich der rauen Realität stellen. Das zu ändern ist wichtiger für den Erhalt der transatlantischen Allianz und für den Aufbau eines handlungsfähigen Europa als Verteidigungshaushalte oder die Frage, ob innere und äußere Sicherheit mehr sind als die zwei Seiten einer Medaille. Gruppen wie die Ihre können einen beachtlichen Beitrag zur Rückkehr strategischer Nüchternheit in das Land des Carl von Clausewitz leisten und Sie würden damit helfen, dass unser Land wieder das wird, was es einstmals war: Ein verlässlicher und deshalb geachteter Partner, der dem Frieden in der Welt dient.

Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr (1991-1996) und Vorsitzende des NATO-Militärausschusses (1996-1999) General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann hat gemeinsam mit hochrangigen Militärvertretern weiterer NATO-Länder im Jahr 2008 die vielbeachtete Studie „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World – Renewing Transatlantic Partnership“ veröffentlicht.